



Nr. 45

14. November 2013

Inhalt

[Mindestlohndebatte – dbb rät zur Besonnenheit+++](#)
[39. Deutscher Philologentag – Dauderstädt: Lehrer müssen Beamte sein+++](#)
[dbb bekräftigt: Mit Zwangs-Tarifeinheit würde Politik „eine rote Linie überschreiten“+++](#)
[MTV Aviation: dbb als Tarifpartner etabliert+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Aus für Kommunalisierung der Landesbeamten in Landratsämtern – Vernunft siegt++](#)
[dbb mecklenburg-vorpommern entrüstet: Weitblick sieht anders aus+++](#)
[DBB NRW lehnt pauschale Stellenkürzungen ab+++](#)
[dbb Hessen: „Weg mit der 42-Stunden-Woche“+++](#)
[tbb mahnt bei Verwaltungsreform zu Realitätssinn+++](#)
[BBW unterstützt Protest seiner Lehrerverbände+++](#)
[dbb saar fordert Kurskorrektur im öffentlichen Dienst+++](#)
[Eigentümer-Brief an Schäuble: Gegen steuerliche Subventionierung für Gebäudesanierung+++](#)
[DPhV-Bundesvorsitzender Heinz-Peter Meidinger im Amt bestätigt+++](#)
[BDZ zu Mindestlohn: 2.000 zusätzliche Kontrolleure notwendig+++](#)
[Winterdienst - VDSt. fordert Möglichkeiten selbstbestimmter Freizeitplanung+++](#)
[Ausbau des EURES-Netzwerks erfordert mehr Stellen in der Bundesagentur für Arbeit+++](#)
[VBE: Kooperationsverbot von Bund und Ländern muss fallen+++](#)
[VDR erteilt Absage an Einheitsschulkonzepte+++](#)

Namen und Nachrichten+++

aktuell

Mindestlohndebatte – dbb rät zur Besonnenheit

(dbb) In der aktuellen Debatte um die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns anlässlich der laufenden Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene hat Willi Russ, Zweiter Vorsitzender des dbb und Fachvorstand Tarifpolitik, am 14. November 2013 in Berlin den Verhandlungspartnern von CDU, CSU und SPD zur Besonnenheit geraten und vor Schnellschüssen gewarnt.

Die Koalitionsverhandlungen dauern an und beherrschen Tag für Tag die Schlagzeilen. Während ein Ende der Verhandlungen und damit eine Regierungsbildung derzeit noch nicht abzusehen sind, deuten sich doch in einigen Bereichen bereits mögliche Inhalte einer Koalitionsvereinbarung an. Ein Thema, das zumindest für die SPD ganz oben auf der Agenda steht, ist eine Vereinbarung zum Mindestlohn. Während die SPD auf ihrer Forderung beharrt, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro einzuführen, kommen von anderer Seite auch warnende Stimmen, die mit negativen Folgen für den Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Entwicklung rechnen.

„Dass überhaupt so ausführlich und tiefgehend über auskömmliche Entgelte für alle Beschäftigten diskutiert wird, begrüßen wir ausdrücklich. Für den dbb ist klar, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihrer Arbeit leben können müssen und nicht zu Dumpinglöhnen ausgebeutet werden dürfen. Es ist unsere klare Position, dass in allen Branchen Mindestlöhne vereinbart werden müssen“, erklärte Willi Russ.

„In der Diskussion kommt aus unserer Sicht allerdings bisweilen die Ausgewogenheit der Argumente etwas zu kurz. Darüber, ob es sinnvoll ist, flächendeckend und in allen Branchen einen einheitlichen Mindestlohn durch

den Gesetzgeber einseitig festlegen zu lassen, der vergleichsweise hoch ist, muss man zumindest offen diskutieren können, ohne gleich als unsozial abgestempelt zu werden“, führte Russ weiter aus. „Die Befürchtung einiger Ökonomen, dass ein zu hoch bemessener Mindestlohn in einzelnen Bereichen zu einer Überforderung der Arbeitgeber und damit zu Arbeitsplatzverlusten führen könnte, muss zumindest ernst genommen werden. Was für eine Branche passt, muss noch lange nicht für alle anderen Branchen passen. Wenn ein flächendeckender Mindestlohn am Ende zu Rückschritten am Arbeitsmarkt führt, ist niemandem geholfen. Auch wenn die Koalitionäre einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn vereinbaren sollten, sind sie gut beraten, auf das Wissen und die Erfahrung der Tarif- und Sozialpartner in den verschiedenen Bereichen zurückzugreifen. Als Vorbild kann hier Großbritannien dienen, wo eine unabhängige Kommission aus Gewerkschaften, Arbeitgebern und Wissenschaftlern Vorschläge zur Entwicklung des Mindestlohns unterbreitet und dabei mögliche Konsequenzen in allen Branchen im Blick hat. Die Sozialpartner sind diejenigen, die am nächsten an den Arbeitsverhältnissen dran sind. Sie müssen die Möglichkeit bekommen, die Entwicklung eines Mindestlohns zu steuern und bei Fehlentwicklungen flexibel zu reagieren.“

(01/45/13)

39. Deutscher Philologentag – Dauderstädt: Lehrer müssen Beamte sein

(dbb) Die eindeutige Position des dbb zum Status von Lehrenden hat der Bundesvorsitzende des gewerkschaftlichen Dachverbandes Klaus Dauderstädt bekräftigt. „Angesichts der Wichtigkeit ihrer Aufgabe in unserer Gesellschaft passt der Funktionsvorbehalt aus dem Grundgesetz. In der Regel sollten sie daher verbeamtet sein“, sagte Dauderstädt am 7. November 2013 auf dem 39. Deutschen Philologentag im dbb forum berlin.

Zwar sähen dies einige Länder nicht so, räumte Dauderstädt ein. Aber Streiks angestellter Lehrer – etwa in Sachsen – hätten bewiesen, „was es für Kinder und ihre Eltern, am Ende für eine ganze Generation bedeutet, wenn der

Schulbetrieb zeitweise eingestellt wird. Hier wäre eine klare politische Aussage wirklich überfällig“, stellte der dbb Chef fest.

„Wir haben auch so recht keine Geduld mehr, darauf zu warten, dass für die Lehrkräfte, die als Arbeitnehmer beschäftigt werden, immer noch keine Entgeltordnung tarifvertraglich vereinbar werden konnte“, konstatierte Dauderstädt. Einseitige Richtlinien der Arbeitgeber seien kein Ersatz. „Daher richten wir unsere Forderung an die Arbeitgeberseite in den Ländern, das Jahr 2014 zu nutzen und endlich verlässliche und transparente Grundlagen in einem Tarifvertrag mit uns zur Bezahlung angestellter Lehrerinnen und Lehrer zu vereinbaren.“

Überdies forderte Dauderstädt die künftigen Koalitionäre in der Bundesregierung zu einer Nachbesserung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich auf. Die Verfassungsänderer von 2006 seien gefordert, „Fehler zu bereuen und zu berichtigen“.

Die Vertreterversammlung des Deutschen Philologenverbandes DPhV (bis 9. November) stand unter dem Motto „Gymnasium bewegt“. (02/45/13)

dbb bekräftigt: Mit Zwangs-Tarifeinheit würde Politik „eine rote Linie überschreiten“

(dbb) Der dbb beamtenbund und tarifunion lehnt eine gesetzliche Regelung der Tarifeinheit weiter ab. „Zwangs-Tarifeinheit ist verfassungsfeindlich“, sagte Willi Russ, Fachvorstand Tarifpolitik und Zweiter Vorsitzender des dbb, am 14. November 2013 auf dem Bundesgewerkschaftstag der Deutschen Justiz-Gewerkschaft (DJG) in Berlin. „Wir wollen eine vernünftige Tarifpolitik mit einer Selbstregulierung der Tarifpartner. Dafür brauchen wir kein Gesetz“, so Russ.

Das Modell von DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) und BDA (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) – ein Betrieb, ein Tarifvertrag, eine Gewerkschaft – wäre ein „Frontalangriff auf die Gewerkschaften des dbb“, stellte Russ fest. „Wenn das kommt, hat die Politik eine rote Linie überschritten.“ Der dbb als gewerkschaftlicher Dachverband würde dies mit allen rechtlichen Mitteln bis hin zum Gang nach Karlsruhe, aber auch mit anderen politischen Maßnahmen bekämpfen, kündigte der Vize an.

Russ blickte auch auf die Tarifrunde 2013 zurück und kritisierte die Entscheidung vieler Länder, das Ergebnis nicht eins zu eins auf ihre Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Die Schere bei den Einkommen gehe aufgrund des

„Bezahlungsföderalismus“ immer weiter auseinander. „Die Bezahlung der Beamtinnen und Beamten in den Ländern ist ein Flickenteppich“, kritisierte Russ. „Die Beschäftigten der Länder, gerade Kolleginnen und Kollegen im einfachen Dienst- beispielsweise im Justizwachtmeisterdienst – haben mehr verdient!“

Die DJG im dbb ist die Dachorganisation für Justizbedienstete (Beamte und Tarifbeschäftigte) der Länder. Sie setzt sich unter anderem für eine fundierte und möglichst länderübergreifende Ausbildung für den Justizwachtmeisterdienst, eine den realen Erfordernissen entsprechende Personalpolitik und eine einheitliche Besoldung ein. (03/45/13)

MTV Aviation: dbb als Tarifpartner etabliert

(dbb) Mit der Unterzeichnung des Manteltarifvertrages (MTV) Aviation am 8. November 2013 in Frankfurt am Main hat sich der dbb an einem neuen Tariftisch etabliert. „Das ist natürlich noch kein Wert an sich“, kommentierte Willi Russ, Fachvorstand Tarifpolitik im dbb, die Unterzeichnung, „aber wenn man bedenkt, wie massiv die Widerstände anfänglich waren, haben wir uns gut behauptet“.

„Wichtiger jedoch“, so Russ weiter, „ist es, dass mit dem MTV Aviation ein großer Schritt

für die Beschäftigten an den deutschen Flughäfen gegangen werden konnte.“ Bisher wurde

der Konkurrenzkampf in diesem privatisierten Bereich fast ausschließlich über die Personalkosten und die Arbeitsbedingungen der in diesem Bereich nötigen Kolleginnen und Kollegen geführt. Das ist mit dem MTV Aviation nun schwieriger geworden. „Aber es ist immer noch möglich, zumal wir an vielen Flughäfen erst jetzt, nach Fertigstellung des Tarifmantels die Entgelte verhandeln“, blickte Russ nach vorn. Hier wird der dbb sich nun ebenfalls am Tarifisch engagieren, um dafür zu sorgen, dass Privatisierung nicht immer gleichbedeutend mit einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ist.

Zudem wies Russ darauf hin, dass es dem dbb gelungen sei, sich an diesem Tariftisch ganz

ohne Streik zu etablieren. „Wir haben das zu einem Zeitpunkt, als die Arbeitgeber so gar nicht auf unsere Forderungen eingehen wollten, in Erwägung gezogen, uns dann aber lieber auf unsere Argumente verlassen.“ Ob der dbb diese Linie auch bei den anstehenden Entgeltverhandlungen, zum Beispiel in Berlin-Brandenburg, halten werde, ließ Russ allerdings offen. „Aber wer die Vorgänge rund um den MTV Aviation richtig bewertet, der muss feststellen, dass der Ladenhüter Zwangstarifeinheit, den CDU und SPD bei ihren aktuellen Koalitionsrunden wieder aus der Mottenkiste holen, nichts mit der Realität zu tun hat.“ Russ empfahl den Koalitionären einen Blick auf die Tarifwirklichkeit.
(04/45/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Aus für Kommunalisierung der Landesbeamten in Landratsämtern – Vernunft siegt

(dbb) Als „Sieg der Vernunft“ bezeichnet der BBW den Rückzug der baden-württembergischen Landesregierung von Plänen zur Kommunalisierung der Landesbeamten im höheren Dienst, die in den Fachverwaltungen der Landratsämter arbeiten. Der BBW hatte das Vorhaben von Anfang an scharf kritisiert und vom Ausverkauf funktionierender Fachverwaltungen gesprochen. Die Landesregierung hingegen versprach sich von einem entsprechenden Deal mit den Landräten eine jährliche Entlastung des Landeshaushalts um einen zweistelligen Millionenbetrag.

Zwar steht eine offizielle Stellungnahme der Landesregierung in dieser Angelegenheit noch aus. Doch es ist davon auszugehen, dass sich Grün-Rot von den Kommunalisierungsplänen endgültig verabschiedet hat, erklärte der BBW am 14. November 2013.

Die Überlegungen der Landesregierung, auch noch die letzten Landesbeamten, die seit der Verwaltungsreform Dienst in den Landratsämtern tun, komplett in die Zuständigkeit der Landkreise zu überführen, waren seit Bekanntwerden im Sommer umstritten, selbst in Regierungskreisen. Getroffen hätte eine solche Maßnahme rund 1.500 Landesbeamte des höheren Dienstes, durchweg Beamte in leitender Funktion, Ärzte bei den Gesundheitsämtern, Spezialisten bei den Forst- oder Umweltbehörden - kurzum hochqualifizierte Fachleute,

die in den jeweiligen Fachverwaltungen die Richtung bestimmen. Deshalb hatten der BBW und viele seiner Mitgliedsgewerkschaften und Mitgliedsverbände auch vor einer nachhaltigen Beschädigung der technischen Fachverwaltungen gewarnt, sollte das Land durch den Handel mit den Landräten in diesem Bereich seine Steuerungsmöglichkeiten aufgeben. Zudem war offenkundig geworden, dass nach Vollzug des Deals in den Landkreisen mittelfristig Stellen im höheren Dienst abgebaut und die Aufgaben an niedriger besoldetes Personal übertragen werden sollten. „Dass dabei die Qualität der Fachverwaltungen auf der Strecke geblieben wäre, steht außer Frage“, kommentierte BBW-Chef und dbb Vize Volker Stich deshalb erleichtert das Aus für die grün-roten Kommunalisierungspläne.
(05/45/13)

dbb mecklenburg-vorpommern entrüstet: Weitblick sieht anders aus

(dbb) „Polizei-, Kreis-, Gerichtsreform, gekürzte Besoldungsanpassungen, weiterer Personalabbau, Vernachlässigung der Einnahmenseite, Beamtenstatus nur noch bis 40 – sieht so eine Reihe von Entscheidungen mit Weitblick aus?“ Diese Frage stellte der dbb Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Dietmar Knecht, nach der Ankündigung, das Einstiegsalter für Beamte auf das 40. Lebensjahr zu senken. Das Land setze damit die Daseinsvorsorge der öffentlichen Hand aufs Spiel, erklärte Knecht am 14. November 2013.

„Dass beispielsweise die Laufbahnverordnung, die im Rahmen der Föderalismusreform 2010 neu in Kraft trat, schon jetzt im wesentlichen Punkt der Einstiegsalter geändert werden soll, zeugt nicht gerade von solider und kontinuierlicher Regierungsarbeit“, so Knecht weiter.

Auch wenn die Finanzministerin etwas anderes behaupte, stehe die Entscheidung ausschließlich im Zusammenhang mit der geplanten Lehrerverbeamtung, denn die seit 2008 geltenden Versorgungsinstrumente sichern die Pensionen der seitdem Verbeamteten und aller künftigen Beamten. In den Versorgungsfonds bezie-

hungsweise die Versorgungsrücklage werden während der Dienstzeit Beiträge in Höhe von 20 Prozent der Bezüge eingezahlt, um später die Versorgung allein aus diesem Fonds zahlen zu können, wie die Finanzministerin selbst feststellt. Darüber hinaus beteiligt sich jeder Beamte bei jeder Besoldungserhöhung mit 0,2 Prozent an seiner späteren Pension. „Hier geht es ganz offensichtlich nur darum, die Zusatzkosten für die Pensionskassen zu sparen, die anfallen würden, wenn auch die rund 1.000 in Frage kommenden Lehrkräfte zwischen 40 und 45 verbeamtet würden“, so Knecht.

(06/45/13)

DBB NRW lehnt pauschale Stellenkürzungen ab

(dbb) Als Vertreter des DBB NRW haben die Vorstandsmitglieder Meinolf Guntermann und Erich Rettinghaus bei einer Anhörung zum Haushaltsgesetz 2014 am 9. November 2013 erneut pauschale Stellenkürzungen im öffentlichen Dienst abgelehnt.

Im Fragenkatalog des Haushalts- und Finanzausschusses an die geladenen Sachverständigen ging es unter anderem um die Schuldenbremse und Fragen zum Personalabbau und zu Stellenstreichungen. DBB NRW-Landesvorsitzender Guntermann sagte: „Landtag und Landesregierung müssen definieren, welche staatlichen Aufgaben sie den öffentlichen Diensten in qualitativer und quantitativer Hinsicht übertragen.“ Das bedeute, dass sich die Personalkosten nach den Aufgaben und nach der Aufgabenkritik ergeben, so Guntermann.

In den vergangenen zehn Jahren sei Personal in der öffentlichen Verwaltung abgebaut wor-

den. Gleichzeitig seien die Aufgaben mehr und komplizierter geworden. Es habe eine Arbeitsverdichtung stattgefunden. Guntermann: „Weitere pauschale Stellenstreichungen sind menschenverachtend, weil sie Menschen im öffentlichen Diensten krank machen.“

Auf Ablehnung stieß beim DBB NRW die von der Landesregierung derzeit diskutierte Entlastung von Polizistinnen und Polizisten von Verwaltungstätigkeiten durch den Einsatz von billigen Aushilfskräften als Polizeiverwaltungsassistenten.

(07/45/13)

dbb Hessen: „Weg mit der 42-Stunden-Woche“

(dbb) „Weg mit der 42-Stunden-Woche für hessische Beamtinnen und Beamte“. Das forderte die Landesvorsitzenden des dbb beamtenbund und tarifunion in Hessen, Ute Wiegand Fleischhacker, am 8. November 2013.

„Egal, welche Parteien die neue hessische Landesregierung bilden werden, wir werden sie mit dieser Forderung konfrontieren“, kündigte Wiegand-Fleischhacker an. Der dbb Hessen stellte fest, dass in keinem anderen Bundesland eine so lange wöchentliche Arbeitszeit verordnet sei.

Es sei nicht ausreichend, wenn es – wie jetzt diskutiert – eine „gestaffelte“ Rücknahme in „besonders belasteten“ Arbeitsbereichen geben sollte. Wiegand-Fleischhacker: „In der Grundfrage der generellen Arbeitszeit gibt es nur ein Modell: die Rücknahme der familienunfreundlichen Arbeitszeiterhöhung von 2004.“
(08/45/13)

tbb mahnt bei Verwaltungsreform zu Realitätssinn

(dbb) Der Thüringer Beamtenbund tbb hat mit Blick auf die Verwaltungsreform Realitätssinn angemahnt. „Wer erwartet hatte, dass mit der angekündigten Behörden-, Verwaltungs- und Gebietsreform alle entspannt aufatmen könnten, weil mit der Reduzierung des Thüringer öffentlichen Dienstes auf zypriotisches Niveau alle Finanzierungsprobleme der Zukunft bewältigt seien, der muss jetzt enttäuscht sein oder der Ministerpräsidentin mangelndes Durchsetzungsvermögen unterstellen. Realitätssinn ist keine Schwäche! Besser ein verantwortungsbewusstes Reförmchen als eine verantwortungslose Zerschlagung von Strukturen, mit der Thüringen kaputtgespart wird“, sagte der Landesvorsitzende des tbb, Helmut Liebermann, zum Ergebnis der Arbeit der Regierungskommission, das am 8. November 2013 vorgestellt wurde.

Ein Vergleich der öffentlichen Verwaltung mit der freien Wirtschaft verbiete sich grundsätzlich. Während die öffentliche Verwaltung das Gemeinwohl in den Vordergrund stelle, zielten die Anstrengungen der Wirtschaft auf Gewinnmaximierung. „Eine Behörden- und Verwaltungsreform allein kann kein Zaubermittel sein, mit dem die finanziellen Herausforderungen des Freistaats Thüringen bis 2020 gelöst werden. Diese Erkenntnis spielt leider in den aktuellen Debatten eine entschieden zu geringe Rolle“, so Liebermann.

Die Gewerkschaften hatten in dem von der Landesregierung einberufenen Beirat wiederholt klargestellt, dass eine Verwaltungsreform allein mit Personalabbau und Schließung von Ämtern die finanziellen Herausforderungen des Freistaates Thüringen nicht lösen kann. „Mehr Einsparung geht nicht, wenn man einen verlässlich handlungsfähigen Freistaat Thüringen erhalten will“, so Liebermann.
(09/45/13)

BBW unterstützt Protest seiner Lehrerverbände

(dbb) Der BBW – Beamtenbund Tarifunion (BBW) unterstützt den Protest der Lehrerverbände im BBW gegen die Entscheidung der grün-roten Regierungsfractionen, die Altersermäßigung hinauszuschieben und die Pensionsgrenze für Lehrer anzuheben. Vor dem Landesvorstand der Organisation sprach BBW-Chef und dbb Vize Volker Stich in diesem Zusammenhang am 6. November 2013 von der „vierten Sparrunde für einen Großteil baden-württembergischer Beamtinnen und Beamten in nicht einmal drei Jahren“. Zugleich versprach er, dass der BBW an seinem Konfrontationskurs gegen die beamtenfeindlich grün-rote Sparpolitik festhalten werde: „Die Chance auf eine Verständigung mit dem BBW hat Grün-Rot in dieser Legislatur verspielt“, sagte Stich.

Mit herber Kritik reagierte Stich auch auf die Wortwahl, mit der die Regierungsfractionen das weitere Sparpaket für Beamten verkündet haben. Von „einem Kompromissergebnis mit dem BBW und seinen Lehrerverbänden“ könne keine Rede sein, sagte der BBW-Vorsitzende.

Der BBW lehne die vorgesehenen Regelungen mit aller Entschiedenheit ab.

Die Entscheidung der Regierungsfractionen, Lehrern ab dem kommenden Schuljahr erst zwei Jahre später, nämlich erst ab dem 60. Lebensjahr eine Stunde und ab dem 62. Le-

bensjahr zwei Stunden Altersermäßigung zu gewähren, wird vom BBW scharf kritisiert. Vor dem Landesvorstand des BBW nannte Landesvorsitzender Stich das Vorhaben „eine Missach-

tung des Engagements der Lehrerschaft“ und sprach von einem „Lehreronderopfer“, das es in keinem anderen Bundesland gebe. (10/45/13)

dbb saar fordert Kurskorrektur im öffentlichen Dienst

(dbb) Der dbb saar hat eine Kurskorrektur im öffentlichen Dienst gefordert. Auf dem Landesjugendtag der dbb-jugend saar sagte der dbb-Landesvorsitzende Ewald Linn am 8. November 2013 vor über 60 Delegierten und Gästen aus Politik und öffentlicher Verwaltung, dies sei notwendig, wenn Deutschlands öffentlicher Dienst auch in Zukunft dafür sorgen soll, dass dieses Land an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr funktioniert.

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssten endlich einsehen, dass es öffentliche Dienstleistungen nicht zum Nulltarif gebe. Deshalb fordere der dbb saar ein Konzept, das die finanziellen Rahmenbedingungen, die demografische Entwicklung und besonders die berechtigten Interessen der Beschäftigten unter einen Hut bringe.

Ergebnis einer strikten Haushaltskonsolidierung durch die Schuldenbremse – wie auch im Saarland – dürfe nicht eine handlungsunfähige öffentliche Verwaltung durch einen radikalen

Stellenabbau und Abbau von Sozialleistungen handlungsunfähige öffentliche Verwaltung sein, beklagte Linn. Die verfassungsmäßig garantierte Selbstverwaltung und kommunale Daseinsvorsorge müssten auch in Zukunft sichergestellt bleiben. Damit der Staat die gesellschaftlich gewollten Aufgaben erfüllen könne, müsse die Steuerbasis nachhaltig gestärkt werden. Deshalb sei vorrangig der Abbau der Staatsschulden eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. (11/45/13)

Eigenthaler-Brief an Schäuble: Gegen steuerliche Subventionierung für Gebäudesanierung

(dbb) Bei den Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und SPD ist das in der vergangenen Legislaturperiode gescheiterte Vorhaben, steuerliche Erleichterungen für gebäudeenergetische Sanierungen zu schaffen, wieder aufgegriffen worden. Der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize Thomas Eigenthaler hat sich deshalb am 7. November 2013 in einem Schreiben an Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble gewandt.

Das bereits vor zwei Jahren von der DSTG abgelehnte Vorhaben müsse gestoppt werden. „Aus unserer Sicht bestehen gravierende Bedenken gegen diese ‚steuerliche Lösung‘“, schreibt Eigenthaler. Es handele sich um eine Subventionierung, die viel Geld koste, Mitnahmeeffekte und Fehlleitungen auslöse und bei den Handwerksbetrieben eine „Anreizwirkung für Preiserhöhungen“ zur Folge haben werde. Weiter macht Eigenthaler klar: „Wir sind dagegen, mit ‚Steuern zu steuern‘.“ Zudem sei eine Prüfung in den Finanzämtern sehr personalintensiv. „Selbst genutzte Immobilien sind steu-

errechtlich irrelevant“, stellt der DSTG-Chef weiter fest. Mit einer steuerlichen Förderung der energetischen Sanierung werde diese Immobilie wieder in den steuerlichen Kreis zurück geholt. „Ohne Not entsteht ein neuer Steuerfall und damit neue Bürokratie in den Finanzämtern“, stellt Eigenthaler fest. Er forderte Schäuble auf, in den Verhandlungen seine Stimme sowohl als Haushalts-Minister als auch als Steuern-Minister zu erheben und „einen solchen Unfug“ zu verhindern. (12/45/13)

DPhV-Bundesvorsitzender Heinz-Peter Meidinger im Amt bestätigt

(dbb) Die Vertreterversammlung des Deutschen Philologenverbandes (DPHV) hat am 8. November 2013 in Berlin Heinz-Peter Meidinger mit großer Mehrheit in seinem Amt als Bundesvorsitzender bestätigt. Der 59-jährige Direktor eines Gymnasiums im niederbayerischen Deggendorf erhielt 101 von 104 gültigen Stimmen.

Der wiedergewählte Vorsitzende kündigte an, sich offensiv für die Fortentwicklung eines leistungsstarken Gymnasiums in einem pluralen Schulsystem einzusetzen. „Der große Zuspruch zum Gymnasium ist kein Selbstläufer, sondern Ausdruck der großen Wertschätzung der dort überall in Deutschland geleisteten hochwertigen Bildungsarbeit“, sagte Meidinger.

Gleichzeitig erteilte er politischen Bestrebungen in einer Reihe von Bundesländern eine Absage, die Gymnasien gegenüber anderen Schularten wie Gemeinschaftsschulen schlechter zu stellen und die gymnasialen Qualitätsstandards aufzuweichen. Die in einzelnen Ländern geplante Abschaffung der eigenständigen gymnasialen Lehrerbildung laufe letztendlich auf die Abschaffung des Gymnasiums selbst hinaus. Das werde man nicht tolerieren.

Mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen in Berlin forderte der neugewählte Vorsitzende einen Pakt für Bildung zwischen Bund und Ländern mit einer Investitionssumme für die Schulen von mindestens 20 Milliarden Euro. Voraussetzung sei allerdings die Beseitigung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern im Schulbereich. Die zusätzlichen Investitionen sollten insbesondere in den Renovierungsbedarf und die verbesserte technische Ausstattung von Schulen fließen.

Als Stellvertretender Bundesvorsitzender wurde Horst Günther Klitzing wiedergewählt. Auch der Schatzmeister Andreas Bartsch und drei der Beisitzer, Gabriela Kasigkeit, Steffen Pabst und Rainer Starke wurden im Amt bestätigt. Neu in den Vorstand wurde Ralph Hartung gewählt.
(13/45/13)

BDZ zu Mindestlohn: 2.000 zusätzliche Kontrolleure notwendig

(dbb) Für die Überwachung der korrekten Bezahlung und die Suche nach illegal Beschäftigten sind die Beamten der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) des Zolls zuständig. Sie sollen schauen, ob die Arbeitgeber die Mindestlöhne, die bereits für knapp fünf Millionen Beschäftigte in 15 Branchen gelten, einhalten und zum Beispiel den Müllmann, den Dachdecker oder die Pflegerin korrekt entlohnen. „Von einem regelmäßigen Prüfungsrhythmus kann allerdings schon jetzt keine Rede sein. Es finden nur Stichproben statt, die Kontrollen sind nicht intensiv genug“, sagte Klaus Hilger Leprich, Vorsitzender der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ, der „Süddeutschen Zeitung“ (Ausgabe vom 8. November 2013).

Sollte nun ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro eingeführt werden, muss das Personal nach Leprichs Einschätzung deutlich aufgestockt werden. „Wir brauchen mindestens 2000 zusätzliche Mitarbeiter für die Finanzkontrolle Schwarzarbeit, um den neuen Mindestlohn vernünftig kontrollieren zu können.“ Gerade in Branchen, in denen das Missbrauchsrisiko besonders hoch sei, wie etwa in Schlachtbetrieben, könne es nötig sein, häufiger und unangemeldet in den Betrieben aufzutauchen. Es bringe überhaupt nichts, wenn Unternehmen alle paar Jahrzehnte geprüft würden.

„Dann können Sie das vergessen“, sagte Leprich.

Bei der FKS sei nicht einmal die ursprünglich – und ohne die Kontrolle von Mindestlöhnen – vorgesehene Zahl der Planstellen von 7.000 erfüllt. Für den Anfang seien 500 Betriebsprüfer zusätzlich nötig. Mittelfristig denke er an 9.000 Beamte, so Leprich. „Um dies zu schaffen, wird der eigene Nachwuchs nicht ausreichen. Wir müssen auch auf Fachkräfte aus der privaten Wirtschaft zurückgreifen“, sagte er.
(14/45/13)

Winterdienst - VDStr. fordert Möglichkeiten selbstbestimmter Freizeitplanung

(dbb) Bei Arbeitseinsätzen im Straßenbetriebsdienst muss den Beschäftigten selbstbestimmte Freizeitplanung möglich sein. Das hat Siegfried Damm, der Bundesvorsitzende des VDStr. – Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten, gefordert.

Zu unregelmäßigen Arbeitszeiten komme es für die Beschäftigten vor allem im Rahmen des Winterdienstes. „Dabei stößt die Umsetzung der Dienst- und Einsatzplanungen zunehmend auf Schwierigkeiten, weil die personellen Ressourcen in den Meistereien und Bauhöfen einfach nicht mehr in erforderlichem Umfang zur Verfügung stehen“, erläuterte Damm am 13. November 2013. Personaleinsparungen der vergangenen Jahrzehnte gefährdeten die öffentlichen Dienstleistungen und belasteten die Beschäftigten durch Arbeitsverdichtung immer mehr. „Die Folge ist nicht nur ein starker Anstieg gesundheitlicher Schädigungen, vor allem bei Beschäftigten des Straßenbetriebsdienstes. Vielmehr wird auch die Freizeit- und Lebensplanung der Beschäftigten empfindlich gestört, weil unvorhergesehene Arbeitseinsätze zur Regel geworden sind.“ Das sei nicht hinnehmbar, sagte Damm. „Die hohe Zahl von Rechtschutzfällen und des Rentenbeginns weit vor der Regelaltersgrenze belegen, wie sehr die verbliebenen Beschäftigten durch die drastischen Personalreduzierungen überfordert sind.“

Um einen annähernd geregelten Winterdienst zu organisieren zu können, gehen Arbeitgeber

laut VDStr. beispielsweise dazu über, keine Urlaubspläne aufzustellen und langfristig beantragte Urlaube nur unter Vorbehalt zu genehmigen. Auch kurzfristige, von den Planungen abweichende Arbeitseinsätze würden angeordnet. „Durch solch kurzfristiges Handeln kommt es zu Verstößen gegen die gesetzliche Höchst- und Mindestruhezeit und das geltende Tarifrecht“, so Damm. Er verwies auf Dienstvereinbarungen, die unter maßgeblicher Beteiligung des VDStr. in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz erreicht wurden und die den Interessen sowohl der Beschäftigten als auch der Arbeitgeber Rechnung tragen. So wurde die Bezahlung von Arbeitseinsätzen außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit verbindlich festgeschrieben. „Wir als Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten werden weiter darauf achten, dass die öffentlichen Arbeitgeber das Direktionsrecht pflichtgemäß, verantwortungsvoll und mit Rücksicht auch auf die Interessen der Kolleginnen und Kollegen nach einer planbaren Freizeit und nach tariflich vereinbarten Entgeltregelungen ordnungsgemäß umsetzen“, versicherte der VDStr.-Bundesvorsitzende.
(15/45/13)

Ausbau des EURES-Netzwerks erfordert mehr Stellen in der Bundesagentur für Arbeit

(dbb) Die Europäische Kommission will das Kooperationsnetzwerk der nationalen Arbeitsvermittlungsdienste (EURES) ausbauen. In Zukunft sollen die EURES-Dienststellen in den Arbeitsagenturen nicht nur europäische Arbeitssuchende über freie Stellen informieren und beraten. Sie sollen auch bei der Arbeitsvermittlung helfen. Auf die Bundesagentur für Arbeit kommen also zusätzliche Aufgaben zu.

Der Bundesvorsitzende der Vereinigung der Beschäftigten der Berufs- und Arbeitsmarktdienstleister (vbba), Waldemar Dombrowski, hält es grundsätzlich für richtig, den EU-Binnenmarkt mit seinen nationalen und regionalen Arbeitsmärkten als einen gemeinsamen Raum zu behandeln, denn dies stelle einen Beitrag zur Reduzierung der hohen Arbeitslosigkeit gerade in den kriselnden Staaten dar.

„Für zusätzliche Aufgaben brauchen wir aber zusätzliche Beratungs- und Vermittlungskapazitäten sowie Ressourcen für Mitarbeiterschulungen“, forderte Dombrowski am 13. November 2013. Nach wie vor sei die Personalsituation schwierig und damit kaum Raum für weitere Aufgaben.

Vom 11. bis 13. November fand gemeinsam mit der Europäischen Kommission ein Treffen der EURES-Arbeitsgruppe in Litauen statt, das aktuell die Ratspräsidentschaft führt.

Der vbba-Bundesvorsitzende bezeichnete es als sinnvoll, die Arbeitsmärkte in den EU-Staaten enger zu verzahnen, um so Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel gleichermaßen bekämpfen zu können. „Damit können wir eine Win-Win-Situation erreichen, Brüssel muss

jedoch auch Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik in den Staaten schaffen, damit es nicht zu einer dauerhaften Schwächung regionaler Arbeitsmärkte wegen einer zu massiven und anhaltenden Abwanderung junger qualifizierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kommt.“ Außerdem erinnerte Dombrowski an die nach wie vor angespannte Personallage in der Bundesagentur für

Arbeit und ihren Dienststellen. „Wir haben zwar den Personalabbau hierzulande stoppen und bereits eine dringend gebotene personelle Stärkung in Teilbereichen im Dialog mit der Bundesagentur für Arbeit vereinbaren können. Das reicht aber nicht aus, um die Folgen des langjährigen Sparkurses aufzufangen.“
(16/45/13)

VBE: Kooperationsverbot von Bund und Ländern muss fallen

(dbb) „Vom Koalitionsvertrag steht noch nicht mal das Gerüst – und schon jetzt versagen Union und SPD bei dem entscheidenden Punkt: der Abschaffung des Kooperationsverbots.“ Das stellte der Bundesvorsitzende des VBE (Verband Bildung und Erziehung), Udo Beckmann, am 12. November 2013 anlässlich der Koalitionsverhandlungen fest. „Es ist ein Armutszeugnis für alle Beteiligten, wenn die Koalitionäre in einem so zentralen Punkt zu keiner Lösung kommen“, so Beckmann.

Die Union hat dem Vorstoß der SPD nach einer Lockerung des Kooperationsverbots auch für die schulische Ebene eine Absage erteilt. „Nur die Hochschulen vom Kooperationsverbot auszunehmen, ist zu kurz gesprungen – Bildung ist eine Aufgabe, die von Bund und Ländern gemeinsam und auf Augenhöhe gestemmt werden muss“, sagte Beckmann.

„Vor allem vor dem Hintergrund der Inklusion, dem gemeinsamen Lernen behinderter und

nicht-behinderter Kinder, und der hohen Nachfrage nach dem Ganztag müssen sich die Koalitionäre auf die Vision einer 'Bildungsrepublik', die Bund und Länder gemeinsam ausgerufen haben, besinnen. Diese wird nur gelingen, wenn das Kooperationsverbot fällt und stattdessen ein Kooperationsgebot im Grundgesetz verankert wird.“
(17/45/13)

VDR erteilt Absage an Einheitsschulkonzepte

(dbb) In einer gemeinsamen Erklärung haben der VDR (Verband Deutscher Realschullehrer) und der Sekundarschullehrerverband Sachsen-Anhalt e.V. Grundsätze der weiteren Verbandsarbeit formuliert und Einheitsschulkonzepten eine klare Absage erteilt.

Zukunftsfähige Bildung gelinge nur mit hoher Qualität der differenzierten Bildungsangebote an den Sekundarschulen, stellen die Verbände in ihrer „Merseburger Erklärung“ fest.

„Ohne die hervorragende Arbeit der Lehrkräfte an den Sekundarschulen in Sachsen-Anhalt, die Schülerinnen und Schüler zum anerkannten Realschulabschluss führen, hätte das Land bei der jüngsten IQB-Vergleichsstudie nicht einen der vorderen Plätze belegen können“, sagte der Bundesvorsitzende des Dachverbandes VDR, Jürgen Böhm, während seines Besuches

beim Sekundarschullehrerverband Sachsen-Anhalt in Merseburg.

Wichtiges Thema sei auch die Umsetzung der Inklusion an den Sekundarschulen. „Inklusion kann nur gelingen, wenn Eltern und Kinder eine jeweils geeignete Schule wählen können, in der jedem Kind die nötige Zuwendung gesichert ist, wenn dort die erforderlichen Personal- und Sachmittel zur Verfügung gestellt werden und wenn es klare Konzepte für die optimale Förderung der betroffenen Kinder gibt.“
(18/45/13)

Namen und Nachrichten



(dbb) Seinen 5. Ordentlichen Gewerkschaftstag wird der dbb brandenburg am 13. Juni 2014 im Kongresshotel Potsdam am Templiner See durchführen. Das Motto: „WIR für einen starken öffentlichen Dienst!“ Wie der Landesbund mitteilte, wünscht sich Landesvorsitzender **Ralf Roggenbuck** „eine große Beteiligung“. Zum öffentlichen Teil der Veranstaltung, zu dem auch der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt erwartet wird, sind als Ehrengäste der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Dietmar Woidke, sowie weitere Vertreter der Landesregierung und der Fraktionen eingeladen.

Der dbb berlin hat das Vorgehen der Leitung der Charité CFM Facility Management GmbH (CFM) gegen Gewerkschafter und Betriebsratsmitglieder kritisiert. Wie der dbb Landesbund am 13. November 2013 mitteilte, war einem Betriebsratsmitglied bei der CFM fristlos gekündigt worden. Ihm wird vorgeworfen, sich in einer Betriebsversammlung kritisch gegenüber der CFM-Führung geäußert zu haben. „Die fristlose Kündigung eines Betriebsratsmitglieds werten wir nicht nur als Angriff auf unsere Mitglieder, die sich für die Gemeinschaft einsetzen, sondern darüber hinaus auch noch als Angriff auf die freiheitlich demokratische Grundordnung. Dem treten wir als Spitzenorganisation des öffentlichen Dienstes entschieden entgegen“, kommentierte **Frank Becker**, Landesvorsitzender des dbb berlin, diesen nicht zu akzeptierenden Vorgang.

Kritik am Entwurf des novellierten Hamburgischen Personalvertretungsgesetzes kommt vom dbb hamburg. Die jetzt vorliegende Fassung bleibe hinter den Erwartungen der Personalräte und Gewerkschaften zurück, „denn es werden eben nicht alle Verschlechterungen und Beschneidungen des Gesetzes vom damaligen CDU-geführten Senat aus dem Jahr 2005 zurückgenommen,“ sagte dbb-Landesvorsitzender **Rudolf Klüver** am 7. November 2013. Der Versagungskatalog, wonach die Personalräte nur unter bestimmten Bedingungen beziehungsweise Voraussetzungen ihre Zustimmung verweigern können, wurde nicht – wie von den Gewerkschaften gefordert – gestrichen, sondern lediglich modifiziert. Auch die Zustimmungsfiktion, wonach die Personalräte genau zwei Wochen Zeit haben, um der beantragten Maßnahme der Dienststelle begründet zu widersprechen, bleibt bestehen. Die einge-

schränkte Mitbestimmung in wichtigen Detailfragen bleibe also bestehen, so Klüver.

Thomas Eigenthaler, Bundesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize, will Deutschland nicht als „Steueroase“ bezeichnen. „Wir können nicht direkt von einer Oase sprechen“, sagte Eigenthaler am 7. November 2013 der Deutschen Welle. „Wir haben, sage ich mal, indirekte Lücken. Lücken im Vollzug, die durchaus auch ausgenutzt werden.“ In den deutschen Finanzämtern werde das Personal künstlich knapp gehalten. „Es gibt Personalbedarfsberechnungen, doch kein Landesfinanzminister hält sich daran. Wir finden in den Finanzämtern nur etwa 80 bis 85 Prozent des von den Ministern und von den Verwaltungen selbst berechneten Personals“, so Eigenthalers Kritik. Finanzämter mit mehr Personal würden vielleicht mehr solcher Fälle wie den des Fußballmanagers Uli Hoeneß aufdecken. Eigenthaler hält die Reaktionen mancher Politiker für heuchlerisch. Ihre Gesetzgebung ermögliche den Steuerbetrüglern doch erst ihr Tun. Von den unterschiedlichen Steuergesetzen allein in Europa würden Unternehmen und Großverdiener geradezu eingeladen, sich die Rosinen herauszupicken: „International agierende Unternehmen haben da alle Möglichkeiten.“

Mit Blick auf die zahlreichen Unfalltoten im Straßenverkehr hat die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) mehr Überwachung und höhere Strafen gefordert. Bußgelder für Ordnungswidrigkeiten müssten drastisch heraufgesetzt werden, sagte der DPoIG-Vorsitzende **Rainer Wendt** am 13. November 2013 der Nachrichtenagentur dpa. Die Strafen „beeindrucken derzeit niemanden und tun nicht wirklich weh“. In anderen Ländern wie Italien oder Spanien seien sie viel höher. „Man sollte sie europaweit einheitlich entwickeln und auf das höhere Niveau heben, das ist klar“, so Wendt. 3.700 Menschen sterben jedes Jahr bei Verkehrsunfällen in Deutschland. „Uns sorgen immer die drei Killer im Straßenverkehr: zu hohe Geschwindigkeit, Verstöße gegen die Gurtpflicht und Alkohol und Drogen. Dadurch sterben die meisten Menschen“, sagte Wendt. „Erwischtwerden und schnelle Sanktionen plus Ansprache durch Polizisten sind bei Verstößen ein unschlagbares Gegenmittel. Das kann man nicht ersetzen durch einen Bußgeldbescheid, der erst Wochen später kommt.“

Vier von fünf Sitzen im Gesamtpersonalrat Beamte bei der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt konnte die Liste **FWSV** (Fachverband Wasser- und Schifffahrtsverwaltung) erringen. Damit würden die beamteten Kolleginnen und Kollegen in den nächsten Jahren in dem neuen Gremium sachkundig vertreten, erklärte der Bundesvorstand des FWSV am 8. November 2013, gratulierte zu dem „hervorragenden Ergebnis“ und wünschte für die zukünftige Arbeit im GPR alles Gute und eine glückliche Hand.
(19/45/13)